

**ANTRAG**

der Abgeordneten **Fritz Dinkhauser, Bernhard Ernst, Dr. Andreas Brugger, Gottfried Kapferer, Dr. Andrea Haselwanter-Schneider, Ing. Thomas Schnitzer**

betreffend:

**Landes-Pflegeversicherung**

Landtagsdirektion  
Eingelangt am

25. JUNI 2009

390/09



Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

**ANTRAG:**

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Konzept sowie einen entsprechenden Gesetzesentwurf für eine landesweite, öffentliche Pflegeversicherung zu erstellen. Parallel dazu soll auf Bundesebene eingewirkt werden, eine Pflegeversicherung auch österreichweit einzuführen.“

Weiters wird beantragt diesen Antrag dem Ausschuss für Rechts-, Gemeinde- und Raumordnungsangelegenheiten, dem Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit sowie dem **Finanzausschuss** zuzuweisen.

**BEGRÜNDUNG:**

Wegen der Wirtschaftskrise brechen Ländern und Gemeinden genauso wie dem Bund die Einnahmen weg. Gleichzeitig steigen die Ausgaben, besonders im Sozialbereich. Eine dramatische Folge davon ist, dass einzelne Länder und ihre Gemeinden schon in eineinhalb Jahren nicht mehr in der Lage sein könnten, die Pflege zu finanzieren, wofür sie zuständig sind.

Dieses grundlegende Problem einer fehlenden, langfristigen, finanziellen, Lösung im Pflegebereich bestätigen inzwischen auch die *SPÖ-Soziallandesräte Kurt Flecker* aus der Steiermark und *Josef Ackerl* aus Oberösterreich.

Beide warnen vor einem Komplettzusammenbruch der Pflegefinanzierung spätestens im Jahr 2011! Auch der burgenländische *SPÖ-Landesrat Peter Rezar* glaubt, dass es „mittel- und langfristig neue Modelle brauchen wird, um die Pflege zu finanzieren“. In seinem Bundesland hätten sich alleine die Kosten für die stationäre Pflege innerhalb von 10 Jahren fast verdoppelt.

*Tirols Soziallandesrat Gerhard Reheis* pflichtet seinen Amts- und Parteikollegen ebenso bei und hält fest, dass die Situation so ernst sei, dass der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern unbedingt aufgeschnürt werden müsse. Die Aufteilung der Steuereinnahmen gilt aktuell bis 2013.

Die Pflegekosten sind in den vergangenen Jahren massiv gestiegen. Gleichzeitig ist das Pflegegeld kaum erhöht worden. Dieses soll Bedürftigen ermöglichen, für die Betreuung zu zahlen. Was aber nicht privat finanziert werden kann – und das ist immer mehr –, dafür müssen in den meisten Fällen Länder und Gemeinden aufkommen. Gerade den Gemeinden brechen wegen der Wirtschaftskrise oftmals die Budgets einfach zusammen.

Das Verhalten des Bundes und der Bundesregierung, die trotz vielerlei Aufschreie der Soziallandesräte, weiterhin untätig bleiben und abwarten, ist nicht mehr länger tatenlos hinzunehmen. Die Pflegefinanzierung gehört zumindest in Tirol auf neue, solide Beine gestellt.

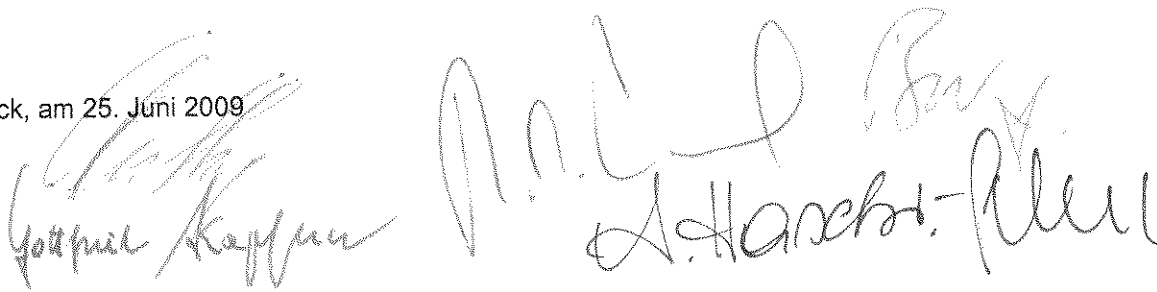
Da weitere Bundesmittel derzeit nicht erwartet werden können und das Aufschnüren des Finanzausgleiches anscheinend ebenso nicht möglich bzw. gewollt wird, erscheint letztlich das Mittel einer „öffentlichen Pflegeversicherung“ als Notwendigkeit.

Im Nachbarland Deutschland wurde hierzu bereits 1995, neben der Kranken-, Renten-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung, eine solche, fünfte gesetzlich vorgeschriebene Versicherung eingeführt - die Pflegeversicherung.

Es kann nicht einfach der Anstrengung und den finanziellen Möglichkeiten jedes Einzelnen überlassen bleiben, um mittels privater Vorsorgeversicherungen für die Zeiten des Lebensabends bzw. auch sonstiger krankheitsbedingter Bedürfnisse eine mehr oder weniger ausreichende Pflegeversorgung sicherzustellen. Diese Aufgabe ist gerade in diesen Zeiten Aufgabe eines modernen Sozialstaates mit einem vernünftigen sozialen Netz.

Aus dieser Notwendigkeit soll schnellstmöglich eine landesweite Pflegeversicherung eingeführt werden. Diese soll, wie bspw. die Arbeitslosenversicherung, für Zeiten der Bedürftigkeit vorbeugen und schließlich unser Pflegesystem dauerhaft retten.

Innsbruck, am 25. Juni 2009



Gottfried Kappner  
Alois Harsch-Pleu